

ARGUMENTATION KOMPAKT

Ein Service der Hanns-Seidel-Stiftung für politische Entscheidungsträger



Ausgabe vom 21. November 2011 – 5/2011

Die Wählerschaft der PIRATEN-Partei

Bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September 2011 zog die „Piratenpartei Deutschland“ erstmals in ein Landesparlament ein. Seitdem steht sie in den Meinungsumfragen im Bund und den meisten Ländern in der Regel über 5 %. Der Erfolg in Berlin ist aber noch kein Beleg für ihre Etablierung im deutschen Parteiensystem. Dort wurde sie hauptsächlich als Protestpartei jüngerer Männer in IT-affinen Berufen gewählt. Bisher holten die Piraten ihre Stimmen größtenteils von den Parteien links von der Mitte sowie aus dem Nichtwählerlager. Von einer Partei, der breite Kompetenzen zugeschrieben werden, sind sie noch weit entfernt. Als Protestphänomen können sie jedoch in nächster Zeit noch relevant bleiben.

Die Wählerschaft der PIRATEN-Partei

Gerhard Hirscher

1. Die Piraten und die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus vom 18. September 2011

Seit dem Einzug der Partei „Die Piraten“ (sie selbst nennen sich „Piratenpartei Deutschland“) ins Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September 2011 sind die Erwartungen gestiegen, dass es diese Gruppierung auch bei künftigen Wahlen in die Parlamente schaffen könnte. Bei dieser Wahl erreichte sie 130.105 Zweitstimmen und damit 8,9 %, davon 10,1 % im Osten und 8,1 % im Westen. Damit holte sie auf Anhieb 15 Mandate. Selbst bei den Erststimmen kam sie – bei weitgehend unbekanntem Kandidaten – noch auf 5,1 %. In den Umfragen für Bundestagswahlen lag sie danach bei bis zu 10 %, zumeist jedoch bei Werten um 6 % oder 7 %. Bei Umfragen in den Ländern kam sie in diesem Zeitraum einzeln sogar noch auf leicht höhere Werte, womit sie wohl auch vom Aufwind der Berlin-Wahl profitierte. Somit stellt sich die Frage, ob es sich dabei um eine der zahlreichen Neugründungen handelt, die regionale Schwerpunkte ausbildet, von denen aus sie über einen gewissen Zeitraum erfolgreich ist, aber dann wieder in die Bedeutungslosigkeit verschwindet, wie etwa die Republikaner, die Statt-Partei oder die Schill-Partei. Oder handelt es sich bei den Piraten um eine neue Bewegung, die sich mit Hilfe einer Partei in einer Nische des Werte- und Einstellungssystems in Deutschland festgesetzt hat, um sich langfristig darin zu etablieren, so wie vor drei Jahrzehnten die Grünen?

Immerhin können die Piraten schon auf einen gewissen Vorlauf zurückblicken: Noch 2008 kamen sie bei den Landtagswahlen in Hamburg und Hessen nur auf Werte von 0,2 % und 0,3 %. Bei den Bundestagswahlen 2009 erreichten sie 2,0 % und legten so – nicht zuletzt wegen der dadurch erzielten Mittel durch die Wahlkampfkostenerstattung – eine nicht zu unterschätzende Basis für ihre weitere Arbeit. Überdurchschnittliche Werte erzielten sie dabei in den Ländern Schleswig-Holstein mit 2,1 %, Mecklenburg-Vorpommern mit 2,3 %, Hamburg mit 2,6 %, Bremen mit 2,4 %, Brandenburg mit 2,5 %, Sachsen-Anhalt mit 2,4 %, Hessen mit 2,1 %, Thüringen mit 2,5 % und Baden-Württemberg mit 2,1 %. In Bayern blieben sie mit 2,0 % auf ihrem Durchschnittswert. Ihren besten Wert holten die Piraten in Berlin, wo sie im September 2006 auch gegründet wurden, mit 3,4 % (davon 2,9 % im Westen und 4,1 % im Osten).

Bei den folgenden Landtagswahlen erzielten die Piraten sehr unterschiedliche Resultate: In Nordrhein-Westfalen kamen sie am 9. Mai 2010 auf 1,6 %. Bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg vom 20. Februar 2011 holten sie 2,1 %. Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 20. März 2011 kamen sie nur auf 0,4 %. Eine Woche später, am 27. März 2011, holten sie in Rheinland-Pfalz 1,6 % und in Baden-Württemberg 2,1 %. Bei der Bürgerschaftswahl in Bremen vom 22. Mai 2011 kamen sie auf 1,9 %. Bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern am 4. September 2011 spielten sie mit 0,2 % keine Rolle. Insgesamt war bislang die Resonanz bei Landtagswahlen im Westen deutlich höher als in den neuen Ländern, auch wenn die Piraten bei der Bundestagswahl 2009 dort ebenfalls gute Ergebnisse erzielen konnten.

2. Besonderheiten des Wahlergebnisses in Berlin

Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin holten die Piraten laut der Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap 23.000 Stimmen aus dem Nichtwählerbereich. 22.000 Stimmen kamen von den sonstigen Parteien, 17.000 von den Grünen, 14.000 von der SPD und 13.000 von den Linken. Von der FDP kamen 6.000 Stimmen, von der CDU 4.000. Sie profitierten mit 12.000 Stimmen aus dem Generationswechsel und mit 20.000 vom Saldo aus Zu- und Fortgezogenen. Damit ist deutlich, dass sie kaum aus dem bürgerlichen Lager insgesamt und noch weniger von der CDU Stimmen abziehen konnten. Sie holten also vorwiegend Stimmen junger Wähler und zogen von Nichtwählern und sonstigen Parteien, die bisher nicht im Abgeordnetenhaus waren, viele Wähler an sich – immerhin etwa 42 % ihrer Gesamtstimmenzahl. Ein gutes Drittel ihrer Stimmen kam von SPD, Grünen und Linken. Die Piraten profitieren also zum einen von der Volatilität im Parteiensystem, die für wachsende Zahlen unentschlossener, kurzentschlossener und wechselbereiter Wähler sorgt. Zum anderen sind sie ein Konkurrent für die Parteien links von der Mitte im Kampf um Wählerstimmen.

Dies wird bestätigt durch die Analyse des Stimmensplittings: Laut Forschungsgruppe Wahlen haben zwar mit 48 % knapp die Hälfte der Wähler, die mit der Zweitstimme die Piraten wählten, ihre Erststimme auch einem Kandidaten gegeben, der nicht zu den etablierten Parteien gehört – also wohl zu großen Teilen den Kandidaten der Piraten selbst. Aber immerhin 18 % gaben ihre Erststimme dem SPD-Kandidaten, 17 % dem der Grünen und 9 % dem der Linken. Im Westen haben davon stärker die Grünen profitiert, im Osten die Linke. Auch dies unterstreicht, dass die grundlegende Präferenz der Piraten-Wähler in Berlin links von der Mitte angesiedelt ist. Dies belegt der Befund von Infratest dimap, wonach Fragen der Schul-, Bildungs- und der Sozialpolitik für die Wahlentscheidung zugunsten der Piraten eine überdurchschnittliche Rolle gespielt haben.

Die Altersstruktur der Wählerschaft ist deutlich ausgeprägt: Die Piraten haben ihren Schwerpunkt bei jüngeren Wählern: Sie kamen laut Forschungsgruppe Wahlen bei den 18- bis 29-Jährigen auf 15 %, den 30- bis 44-Jährigen auf 12 %, den 45- bis 59-Jährigen noch auf 9 % und den über 60-Jährigen nur auf 4 %. Ihre Wähler waren eindeutig stärker männlich; in den Altersgruppen bis 44 Jahren holten sie bei den Männern doppelt so viele Stimmen wie bei den Frauen. Bei den Männern bis 29 Jahren wurden sie mit 19 % zweitstärkste Partei, bei denen von 30-44 Jahren mit 15 % viertstärkste Partei. Im Osten war die Divergenz zwischen Frauen und Männern noch stärker ausgeprägt: Im Westen holten sie bei den Männern 10 % (18 % bei den 18- bis 29-Jährigen, 13 % bei den 30- bis 44-Jährigen und 10 % bei den 45- bis 59-Jährigen), im Osten erreichten sie bei den Männern 13 % (22 % bei den 18- bis 29-Jährigen, 17 % bei den 30- bis 44-Jährigen und 11 % bei den 45- bis 59-Jährigen). Bei den Frauen bekamen sie insgesamt im Westen 6 %, im Osten 7 %.

Die Piraten holten weit überdurchschnittliche Werte bei in Ausbildung Befindlichen (dort kamen sie insgesamt auf den dritten Rang), bei Arbeitslosen (laut Forschungsgruppe Wahlen 16% – im Westen 12 %, im Osten 21 %) und bei Selbständigen (laut Forschungs-

gruppe Wahlen 11 %; im Westen 10 %, im Osten 14 %). Etwa im Durchschnitt landeten sie bei den Arbeitern (9 %; 8 % im Westen und 10 % im Osten), etwas darunter bei den Angestellten (8 %; 7 % im Westen und 8 % im Osten) und deutlich darunter bei Beamten (4 %; davon 4 % im Westen und 5 % im Osten) und Rentnern (4 %; davon 4 % im Westen und 3 % im Osten).

Die Piraten kamen bei den Abiturienten mit 13 % (Westen 12 %, Osten 14 %) auf einen weit überdurchschnittlichen Wert. Bei Akademikern lagen sie mit 9 % knapp über den Durchschnitt (Westen 8 %, Osten 10 %), bei Absolventen mit mittlerer Reife kamen sie mit 8 % (Westen 7 %, Osten 10 %) knapp, bei Hauptschülern mit 6 % (Westen 6 %, Osten 7 %) deutlicher unter ihren Durchschnitt.

Die Unterschiede zu der Wählerschaft der Volksparteien zeigen sich auch in der Aufschlüsselung nach Konfession: Die Piraten holten bei den Sonstigen im Westen wie im Osten mit 11 % einen weit überdurchschnittlichen Wert. Bei den Katholiken mit 8 % und noch deutlicher bei den Protestanten mit 6 % blieben sie darunter.

Insgesamt dominiert in Berlin das Bild der jugendlichen Protestpartei: So werden die Piraten laut Forschungsgruppe Wahlen nur von den Altersgruppen bis 29 Jahren positiv beurteilt. Insgesamt werden sie auf einer Skala von +5 bis -5 von allen Wählern mit -0,7 bewertet – genauso negativ wie die Linke. Insgesamt sagen 80 % der Berliner Wähler, die Piratenpartei wird aus Unzufriedenheit mit anderen Parteien gewählt, nur 10 % meinen wegen ihrer politischen Inhalte. Sogar unter ihren Anhängern nennen 66 % die Unzufriedenheit als Wahlgrund und nur 31 % die politischen Inhalte. In den Vorwahlbefragungen von Infratest dimap sagten 69 %, die Wahl der Piraten sei ein Denkzettel für die anderen Parteien, und 63 % meinten, sie seien eine Alternative für die, die sonst gar nicht wählen würden. Immerhin 55 % gaben an, die Piraten seien keine ernstzunehmende Partei. Zugleich meinten 88 %, sie sagten ehrlich, was sie wollten – mit Abstand der höchste Wert aller Parteien.

3. Konsequenzen und Perspektiven

Die Abgeordnetenhauswahl in Berlin bedeutet den vorläufigen Höhepunkt der Wahlerfolge der Piraten in Deutschland. Allerdings hatten sie schon bei den Bundestagswahlen 2009 und mehreren Landtagswahlen in Westdeutschland in den letzten Jahren angedeutet, dass sie über ein Potenzial verfügen, das über das Niveau abseitiger Splitterparteien hinausgeht. Dennoch hat ihnen Berlin eine besondere Bühne geboten. Eine große Zahl junger, männlicher Wähler und nicht zuletzt eine Vielzahl neu hinzugezogener Bewohner bildeten einen guten Nährboden. Eine beachtliche Menge an Arbeitsplätzen in Internet-affinen Berufen bietet zusätzliche Weidegründe. In Berlin ist laut Forschungsgruppe Wahlen die Anzahl der Selbständigen mit 15,8 % so groß wie nie nach 1945 und höher als in anderen Teilen Deutschlands, vor allem in den Flächenstaaten. Die generell zu konstatierende Volatilität und das geringere Niveau an Parteibindungen unterstützt die Wechselwahl und hilft neuen Anbietern auf dem politischen Markt. Dies hat wohl auch dazu beigetragen,

dass der Zuspruch zu den Piraten im Osten Berlins (in völliger Umkehrung des Trends der Landtagswahlen in den neuen Ländern in den letzten Jahren) deutlich höher war als im Westen. Dort hat auch die allmähliche Erosion des Wählerpotenzials der alten PDS (die jetzt im Rahmen der Linken agieren muss) ebenso zum Wachstum der Piraten beigetragen wie das vorläufige Scheitern der Ausdehnung der Grünen/GAL-Wählerschaft im Westen.

Ihre Schwachpunkte liegen auf der Hand und wurden nach der Berlin-Wahl breit thematisiert: Noch sind sie eine „single-issue-party“, deren politische Positionen in vielen Bereichen unklar und unausgegoren wirken. Sie sind weit stärker im Westen (Ausnahme Berlin-Ost) vertreten und in urbanen Zentren als auf dem flachen Land, insbesondere in Ostdeutschland. Bei ihren Kandidaten waren die Berufe außerhalb der IT-Berufe deutlich unterrepräsentiert. Bisher können sie kaum mit Frauen aufwarten; sie sind und wirken als Partei jüngerer Männer. Bei allen anderen Parteien hätte dieses Frauendefizit wohl zu weit größerer öffentlicher Kritik geführt. Sie sind noch weitgehend eine (wenn auch eine gut vernetzte) Bewegung, die noch zeigen muss, ob sie unter den Bedingungen parlamentarischer Arbeit über einen längeren Zeitraum hinweg konstruktiv arbeiten kann. Hierzu wäre es erforderlich, Kompetenz in mehreren Politikfeldern zu erringen. In der Berliner Wahl wurden ihnen laut Infratest dimap lediglich in den Bereichen „Schutz persönlicher Daten“ (16 % – etwa gleichauf mit SPD, CDU und Grünen) und „Transparenz und Offenheit in der Verwaltung“ mit 9 % halbwegs auffällige Kompetenzwerte zugebilligt.

Die Frage, ob sich die Piraten langfristig im deutschen Parteiensystem etablieren werden, kann noch nicht endgültig beantwortet werden. Dazu wären insbesondere ausführlichere Studien über die Einstellungen und die Wählerpotenziale in allen Regionen Deutschlands nötig. Bis zur Berlin-Wahl wurden die Piraten in den publizierten Analysen der großen Institute nur unter den „sonstigen“ Parteien geführt, weswegen rückblickend nicht einmal rudimentäre Aussagen über die Wählerstruktur der Piraten möglich sind – jedenfalls nicht auf der Basis der bisher publizierten Berichte. Es wäre daher sinnvoll, bei künftigen empirischen Studien gerade das Potenzial der Piraten vertieft zu analysieren, was nur auf der Grundlage kontinuierlicher, solider repräsentativer Umfragen möglich ist – nicht zuletzt auch in Bayern.

Noch sind die Piraten eine Nischenpartei, die in Berlin vor allem aus Protest gewählt wurde. Dabei konnte sie in ihrer Gründungsstadt unter für sie ungewohnt günstigen Bedingungen reüssieren – quasi als neue urbane Protestpartei der jungen Internet- und Social-Media-Generation. Daher muss der Berliner Erfolg keineswegs ein hinreichender Schritt hin auf weitere Wahlerfolge in Flächenländern oder bei der Bundestagswahl sein. Eine Konkurrenz für die bürgerlichen Parteien und insbesondere die Union waren sie aufgrund der vorhandenen Wahlanalysen bislang nicht. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Parteien links von der Mitte an die Piraten verlieren, ist also weitaus größer als dass sie künftig nennenswert im Wählerpotenzial von CDU und CSU Stimmen holen.

Den Piraten wurde bisher als Vorteil angerechnet, dass sie sich durch die permanente Vernetzung ihrer Mitglieder und Aktivisten eine eigene Öffentlichkeit aufbauen und damit neue Strukturen schaffen können. Wenn sie sich in der gesamten Bundesrepublik

Deutschland ausdehnen wollen, dann werden sie aber auf die Berichterstattung in den herkömmlichen Medien weitaus stärker angewiesen sein. Hier wird es davon abhängen, wie sie ihr Bild in der veröffentlichten Meinung gestalten können: Wenn sie es erreichen, dass Journalisten (nicht nur Blogger im eigenen Sympathisantenkreis) sie in den nächsten Jahren als junge, unverbrauchte Reformkraft beschreiben, die sich für Offenheit, Transparenz und direkte Mitwirkung der Bürger stark macht, dann könnten sie bis ins Wahljahr 2013 Aufwind bekommen. Auf der anderen Seite könnten durch ihr Eintreten für ein freies Internet auch die Gefahren immer stärker thematisiert werden und ihre Positionen etwa bei Fragen des Urheberrechts dürften vielen Journalisten, die beruflich auf eine funktionierende Rechtsordnung gerade in diesem Bereich angewiesen sind, stark vor den Kopf stoßen. Am wichtigsten dürfte es aber sein, ob es ihnen gelingt, rasch Kompetenzen in anderen Politikfeldern zu erwerben und diese nach außen zu kommunizieren.

Autor

Dr. Gerhard Hirscher ist Referent für Grundsatzfragen der Politik, Parteien- und Wahlforschung, Hanns-Seidel-Stiftung, München.